

FDP

Die Liberalen

Presseinformation

Nr. 355 / 2014

Kiel, Mittwoch, 3. September 2014

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Verkehr / Fehmarnsund-Brücke

Christopher Vogt: Für die beiden wichtigen Routen nach Skandinavien müssen zügig Lösungen gefunden werden

Zu dem heute vorgestellten Gutachten zur Fehmarnsund-Brücke erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Jetzt wird endgültig deutlich, wie sehr sich die mutlose Planung der damaligen Großen Koalition für unser Bundesland rächt. Sie hatte damals, mit Blick auf die Kosten der Hinterlandanbindung der neuen festen Querung, kurzfristig ein unsinniges Nadelöhr am Sund mit einer alten Brücke beschlossen. Dass die alte Sundbrücke die zukünftigen Verkehre nicht aufnehmen können, kann niemanden verwundern, der sich über das Projekt der festen Querung auch nur halbwegs ernsthafte Gedanken gemacht hat. Diesen Fehler gilt es nun konsequent zu korrigieren.

Neben der maroden Rader Hochbrücke auf der A7, für die bereits innerhalb der nächsten zwölf Jahre ein geeignetes Ersatzbauwerk realisiert werden muss, haben wir nun auch noch eine marode Sundbrücke, für die in wenigen Jahren ein Ersatzbauwerk her muss. Nun stehen also hinter den beiden wichtigen Routen nach Skandinavien große Fragezeichen, die schnell zu Ausrufezeichen werden müssen. Eine Verunsicherung bei unseren skandinavischen Nachbarn können wir uns nicht leisten, deshalb müssen zügig geeignete Lösungen gefunden und präsentiert werden. Das ist eine gewaltige Aufgabe, auch weil die anderen Großbaustellen – wie der Weiterbau der A20 und die Hinterlandanbindung auf dem Festland – nicht vernachlässigt werden dürfen.

Land, Bund und Bahn müssen sich nun also auch am Sund schnellstmöglich auf ein geeignetes Ersatzbauwerk einigen und die Realisierung anpacken. Dabei darf keine unnötige Zeit mehr ver-

schwendet werden. Diese Nachricht bedeutet erneut hohe Extra-Ausgaben für Bund und Bahn, die hier als Eigentümer jedoch in der Pflicht sind. Dem Land dürfen diese Kosten nicht an anderer Stelle abgezogen werden. Das Land ist jedoch in der Pflicht, endlich seine Planungskapazitäten deutlich zu erhöhen. Das Fehlen baureifer Projekte im Land macht deutlich, dass die Planungskapazitäten des Landes bereits heute völlig unzureichend sind. Da das regionale Wahrzeichen Sundbrücke denkmalgeschützt ist, ist nun schnellstmöglich zu prüfen, ob ein Parallelbauwerk rechtlich überhaupt möglich wäre oder ob ein Tunnel zwingend ist. Für den bisherigen Verkehr würde die Sundbrücke zwar noch ausreichen, aber wir können uns die internationale Blamage nicht erlauben und es weder den Inselbewohnern noch den Touristen und Geschäftsreisenden zumuten, dass sie am Sund für mehrere Jahre regelmäßig im Stau stehen müssen, weil ein geeignetes Bauwerk auf sich warten lässt.“